

KLEINE ZEITUNG

Konsensgruppe erwartet vom Bund Ortstafelvorstoß

Fünf Jahre nach dem „historischen Kompromissvorschlag“ sollte Politik im Volksabstimmungs-Jubiläumsjahr rechtsstaatliche Lösung finden.

KLAGENFURT. Im Vorfeld des heurigen Volksabstimmungsjubiläums vom 10. Oktober 1920 kommt Bewegung in die Ortstafelfrage. Landeshauptmann Gerhard Dörfler ist Anfang Juli zu Gesprächen im Kanzleramt in Wien. Von Landes- wie Bundesseite der ÖVP gibt es Vorstöße.

In einer Erklärung der Kärntner Konsensgruppe, die seit fünf Jahren im Vorfeld der Politik unter Anstoß des damaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel und damaligen Landeshauptmannes Jörg Haider tätig ist, wird ebenfalls an die Politik appelliert: In der Ortstafelfrage sollte es im heurigen Jubiläumsjahr eine rechtsstaatliche Problemlösung geben. Die Konsensgruppe er-



Die Konsensgruppe, 2009 vom Europäischen Parlament ausgezeichnet FRITZ

wartet sich umgehend eine Initiative der Bundesregierung. Die Proponenten Stefan Karner, Heinz Stritzl, Bernard Sadovnik, Marjan Sturm und Josef Feldner verweisen auf ihren 2005 erarbeiteten „historischen Kompromissvorschlag“ mit 158 Ortstafeln. Auf diesem „Karner-Papier“ bauten 2006 das Schüssel-Haider-Papier (141 Tafeln) und 2007 der Gusenbauer-Vorschlag (163 Tafeln) auf. Am Weg des Dialoges und der

vertrauensbildenden Maßnahmen hält die mehrfach preisgekrönte Konsensgruppe fest.

„Positive Dynamik in der Ortstafelfrage“ werde es durch den neuen Rat-Obmann Valentin Inzko geben, würdigt Ex-Außenministerin Ursula Plassnik. Er sei „ein wichtiges Zukunftssignal für Kärnten“. Zu den positiven Reaktionen aus allen Parteien sei es jetzt Zeit für die praktische Umsetzung. **ANDREA BERGMANN**

Konsensgruppe startet Anlauf mit Wiener Hilfe

Ortstafeln: Ein neues Bundesgesetz soll her

Zum 90-Jahre-Jubiläum der Volksabstimmung soll Ortstafelfrage gelöst sein.

Klagenfurt. Die Konsensgruppe, seit fünf Jahren um eine Lösung in der Ortstafelfrage bemüht, appelliert in einer Erklärung, dass es schnell ein neues Gesetz geben soll. Man erwartet eine Initiative vom Bund. Auch gebe es eine mehrheitlich positive Einstellung der Kärntner Bevölkerung zur Lösung der Ortstafelfrage. Trotz der Fortschritte sei es aber bisher nicht zu einer Lösung gekommen, kritisiert die Konsensgruppe bestehend aus Stefan Karner, Heinz Stritzl, Bernard Sadovnik,



Feldner (l., KHD, im Bild mit Valentin Inzko): „Heuer Lösung.“

Marjan Sturm und Josef Feldner. Jetzt, immerhin 90 Jahre nach der Volksabstimmung von 1920, soll den bisherigen Erfolgen „mit einer rechtsstaatlichen Lösung Rechnung getragen werden.“ (klh)

Ortstafelfrage: Lösung rasch - noch heuer!

Klagenfurt Langsam, aber doch reißt der Konsensgruppe der Geduldsfaden. Man kann es ihr auch nicht verübeln: Seit fünf Jahren ist die Gruppe um einen Konsens in der Ortstafelfrage bemüht. Sie fordert die Politik auf, im Jahr des 90-Jahr-Jubiläums der Volksabstimmung von 1920 den bisherigen Erfolgen »mit einer rechtsstaatlichen Problemlösung Rechnung zu tragen«. Dazu erwarte man sich »umgehend eine Initiative der Bundesregierung«, heißt es in einer Erklärung.

Konsensgruppe fordert Lösung noch heuer

Die Konsensgruppe, die seit fünf Jahren um eine Lösung in der Ortstafelfrage bemüht ist, appelliert in einer Erklärung, dass es noch heuer ein neues Gesetz geben soll. Die Gruppe erwartet sich eine rasche Initiative vom Bund.

"Karner-Papier" soll Grundlage sein

In einer am Mittwoch beschlossenen Erklärung sagt die Konsensgruppe, dass in den letzten Jahren "historische Kompromissvorschläge" erarbeitet wurden. Der als "Karner-Papier" bekannt gewordene Vorschlag aus dem Jahr 2005 habe breiteste Unterstützung erfahren. Zudem habe man eine mehrheitlich positive Einstellung der Kärntner Bevölkerung zur Lösung der Ortstafelfrage erreichen können.

Die Mitglieder der Gruppe, Stefan Karner, Heinz Stritzl, Bernard Sadovnik, Marjan Sturm und Josef Feldner sehen als Grundlage für eine Lösung das Karner-Papier mit dem Vorschlag für 158 Ortstafeln. Auf diesem Papier bauten zwei Lösungsvorschläge auf: 2006 das Schlüssel-Haider-Papier (141 Tafeln) und 2007 der Gusenbauer-Vorschlag (163 Tafeln).

"Umgehende Initiative" gefordert

Trotz der erreichten Fortschritte sei es aber bisher nicht zu einer Lösung gekommen, kritisiert die Konsensgruppe. Sie fordert die Politik auf, im Jahr des 90-Jahr-Jubiläums der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 den bisherigen Erfolgen "mit einer rechtsstaatlichen Problemlösung Rechnung zu tragen". Dazu erwarte man "umgehend eine Initiative der Bundesregierung", heißt es in der Erklärung.